



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/V/140

Fernsprecher 209 51/52

Hannover, Georgstraße 33
20. Juli 1958

Hinweise

auf den Inhalt:

Politische Heiratsschwindler - Zur Wahlsituation in Schleswig-Holstein	S.1
Erkenntnisse aus den Sozialversicherungs- wahlen in Frankreich	S.3
Säuberung in der tschechischen Armee	S.4
Monopolkapitalistische Kartoffelkäfer?	S.5
Ein Pfarrer, der SPD-Wahlplakate abbriss	S.6

Politische Heiratsschwindler

-dt. Den Wahlen in Nordrhein-Westfalen folgen am 9. Juli die Landtagswahlen in Schleswig-Holstein. Sie werden nach einem Wahlgesetz vor sich gehen, das von der SPD-Mehrheit beschlossen und von den drei Parteien CDU, FDP und DP gemeinsam beim zuständigen Oberverwaltungsgericht Lüneburg angefochten wurde. Dieser Gerichtshof hat jetzt die Entscheidung gefällt. Der Einspruch wurde mit der Feststellung verworfen, dass das Wahlgesetz nicht gegen das Bonner Grundgesetz verstosse.

Angefochten war eine Bestimmung des Wahlgesetzes worden, das Wahlbündnis^{§§} insofern verbietet, als sämtliche Parteien in jedem Wahlkreis kandidieren müssen, sofern sie eine Verrechnung der Reststimmen auf die Landesliste wünschen. Der Gesetzgeber verfolgt damit die Absicht, eine einwandfreie Verrechnung der Reststimmen zu gewährleisten. Politisch ergibt diese Wahltechnik, die nunmehr auch in Niedersachsen nachgeahmt werden soll, ein klares Bild von der Stärke der einzelnen Parteien. Das Gesetz ist damit eine nicht nur verfassungsrechtlich vertretbare, sondern politisch auch notwendige Waffe gegen Versuche, das Mehrheitswahlrecht zu missbrauchen und die politischen Kräfteverhältnisse zu verfälschen. CDU, FDP und DP hatten die Absicht, mit Hilfe von Wahlbündnissen die heutige Mehrheit der SPD in Schleswig-Holstein zu brechen. Man wird zugeben, dass zwischen den drei Parteien grosse weltanschauliche Unterschiede bestehen und dass diese Unterschiede durch ein einziges parteitaktisches Motiv, nämlich die gemeinsame Abneigung gegen die SPD, nicht aufgewogen werden können.

Man kann nicht, sofern man der Demokratie dienen will, jahrelang ein eigenes Programm verfolgen und dann, wenn der Wähler aufgerufen wird, all das über Bord werfen. Fühlt man sich so zueinander hingezogen, dass man am Wahltag unbekümmert um die eigenen Parteiprinzipien die Wählerschaft ohne Besorgnis mischen kann, dann sollte man sich im Interesse einer demokratischen Klarheit nicht vor einer einwandfreien und ständigen Fusion scheuen. Sonst gleichen Parteien, die sich um eines rein negativen Motivs willen, in diesem Fall die gemeinsame Gegnerschaft gegen die SPD, kurzfristig vereinigen wollen, Heiratswindlern, die einem materiellen Vorteil zuliebe eine Scheinehe eingehen und wieder auseinandergehen, sobald sie den erstrebten Vorteil in der Tasche haben.

Das Oberverwaltungsgericht von Lüneburg hatte nicht diese ungeschriebenen Gesetze der politischen Moral zu prüfen, es hatte lediglich festzustellen, ob Wahl- und Grundgesetz miteinander vereinbar seien. Gegen die Entscheidung des Gerichtes ist eine Berufung nicht möglich. Aber die drei Interpellanten haben, die Entscheidung von Lüneburg vorwegnehmend, bereits eine Taktik ausgeklügelt, mit der sie auf Umwegen erreichen wollen, was ihnen das Landeswahlgesetz verwehrt. Die drei Parteien werden zwar in jedem Wahlkreis eigene Kandidaten aufstellen, gleichzeitig aber in jedem Fall der Wählerschaft sagen, welcher Kandidat von welcher Partei zu wählen und welcher Kandidat nur zum Schein aufgestellt sei. Die ODU im Wahlkreis X wird also die mit ihr sympathisierende Wählerschaft auffordern, den Kandidaten Y der FDP zu wählen oder umgekehrt. Das ist im Sinne einer unanfechtbaren Demokratie ebenso unmoralisch wie der vom Oberverwaltungsgericht verhinderte politische Heiratswindel. Es ist eine Spekulation mit einer erhofften politischen Unreife der Wählerschaft. Es ist aber sehr leicht möglich, dass die Wählerschaft von der Demokratie mehr hält als die Männer, die ein solches Wahl-"System" ausgeklügelt haben.

- - -

Ergebnisse einer "sozialen Wahl"

A.F.Paris, im Juni

In Frankreich wählten Anfang Juni rund 8 Mill. Sozialversicherte für drei Jahre die über ziemlich weitgehende Befugnisse verfügenden Verwalter von 123 örtlichen Kassen. Da es sich bei den Wählern ausschließlich um Arbeitnehmer handelt - die Arbeitgeber stimmen gesondert ab - werden die Listen grundsätzlich von den grossen Gewerkschaftsverbänden aufgestellt und erlauben die Ergebnisse politische Schlüsse.

Die letzte Abstimmung erfolgte 1947 vor der Spaltung der damaligen Einheitsgewerkschaft CGT, die dabei 59% der Stimmen erhielt. Diesmal musste sich die nunmehr einwandfrei kommunistische CGT mit 43,5% begnügen, während die ihr feindliche Force Ouvrière 15,2% erhielt und die Christliche Gewerkschaft CFTC 21,3%. Eine ungewerkschaftliche und unpolitische Gemeinschaftsorganisation erhielt 11,1%, ein den christlichen Gewerkschaften nahestehender Familienverband 5,3% während sich 3,6% der Stimmen auf Splittergruppen verteilten, darunter den Gaullisten nahestehende gelbe Gewerkschaftsgruppen und anarchistische Elemente.

Bei dieser Wahl ist der erhebliche Achtungserfolg der antikommunistischen Force Ouvrière zu unterstreichen, die bewiesen hat, dass sie sich durchaus gegenüber der kommunistischen CGT zu halten vermag. Beachtenswert ist ferner die Stärke der nichtkommunistischen Gewerkschaften, die zusammen beinahe ebenso viele Stimmen auf sich vereinen wie die CGT. Im Wahlergebnis liegt schliesslich die Erkenntnis, daß sich in Berufsfragen über die Hälfte der Arbeitnehmerschaft vom kommunistischen Verband endgültig losgesagt hat. Man kann also nicht mehr behaupten, dass die Kommunisten die Mehrheit der Arbeiterschaft vertreten. Bei einer einigermaßen vernünftigen Sozialpolitik sollte es in Frankreich unschwer möglich sein, den kommunistischen Einfluss in kurzer Frist entschieden zurückzudrängen.

"Skubering" in der tschechischen Armee

(sp) Prag, im Juni

Als General Svoboda kürzlich als technischer Kriegsminister ausgetreten, wenn auch wegen seiner Verdienste um die Inthronisierung von Hammer und Sichel im Sudetenraum nicht gleich "liquidiert" wurde, war es dem aufmerksamen Beobachter klar, dass eine neue Reinigungsaktion in der tschechischen Armee bevorstehe. Die Übernahme des Ministeriums durch den Schwiegersohn Gottwalds und Organisator der tschechischen Massenkonzentrationslager, Dr. Cepicka und die in der letzten Zeit schon auffallend gewordene Aktivität des Abwehrchefs, des geborenen sudetendeutschen Kommunisten Keizinger (jetzt Keicin) waren vielversprechender Auftakt. In wenigen Wochen sind bereits hunderte Verhaftungen in den Führungsstellen der Armee vorgenommen worden, viele der Betroffenen wurden gleich nach Russland deportiert. Die jetzige Liquidierungsaktion hat durch einen vom amtlichen Prager Pressebüro herausgebrachten Armeebefehl offiziellen und öffentlichen Charakter erhalten. Darin wird nach Hymnen von der Liebe des Volkes zu seinen Truppen festgestellt, dass gerade die führenden Militärs die Versorgung der Truppe und Instandhaltung des Materials durchaus vernachlässigten und dadurch die Kampfkraft der Armee ausserordentlich schwächten.

Als erster wurde Divisionsgeneral Bruno Zapletal, der Chef der Armeeeintendanz verhaftet. Der Armeebefehl fordert die bei den Truppen gebildeten kommunistischen Parteiorganisationen und die Garnisonstruppen des kommunistischen Jugendverbandes auf, weiterhin durch verstärkte Mithilfe bei der Suche nach den Schuldigen zu assistieren. Jedenfalls ist es jetzt klar, warum sich der Generalstabschef Dr. Jaroslav Procházka vor einigen Wochen bei einem Empfang verlässlicher kommunistischer Beamter im Kriegsministerium darüber beschwerte, daß er bei dem Bemühen um Gleichschaltung der tschechischen Truppen mit der Sowjetarmee "auf eine direkte Abneigung und einen Widerstand sties, der auf Hass gegen alles Sowjetische beruht und sich geradezu zu Sabotage auswächst."

Monopolkapitalistische Kartoffelkäfer?

sp. Wenn irgend ein ostzonaler Reporter aus dem vermehrten Auftreten des Koloradokäfers einen sensationellen Knüller gemacht hätte, dann könnte man darüber lächeln, Aber in der Ostzone bringt man Greuelmärchen in ein System und mit tierischem Ernst wurde unter dem Vorsitz von Paul Merker, dem SED-Staatssekretär im ostzonalen Landwirtschaftsministerium, offiziell eine "Kommission zur Abwehr anglo-amerikanischer Kartoffelkäfer-Abwürfe" gebildet, deren erste Aufgabe es war, die Kolorado-Käfer auf den Feldern entlang der Flugrouten der englisch-amerikanischen Luftverbindungen nach Berlin zu zählen. Zur gleichen Zeit werden in die Ostzone 50.000 t Kartoffeln zum Preise von einer Mill. Dollar ausgerechnet aus USA eingeführt. Was steckt hinter dem hysterischen Gekreisch über den Abwurf von Kartoffelkäfern?

Im Interzonen-Handelsvertrag hatte sich die Ostzone zur Lieferung von 100.000 t Kartoffeln nach Westberlin verpflichtet. Dies geschah zu einer Zeit, da jedermann überblicken konnte, dass die schlechte Kartoffelernte des vorigen Herbstes weder für die Versorgung der Ostzonenbevölkerung, noch für die Mästung des überplanmässig vermehrten Schweinebestandes ausreichen würde. Als trotz Liefervertrag die aus Polen erwarteten Kartoffeln nicht eintrafen, unterblieben die Lieferungen nach Westberlin und umgekehrt wanderten sogar die Luftbrücken-Restbestände an Trockenkartoffeln in die Kochtöpfe und Futtertröge der Ostzone. Im Frühjahr kam es dann zu der bekannten Saatkartoffelknappheit, die nur gewaltsam durch die "Bosselmann-Aktion" auf die Weise gelöst werden konnte, dass die Bauern durch Hofbegehungen zur Hergabe der letzten eingemieteten Kartoffelvorräte gezwungen wurden.

Der im Februar von Staatssekretär Merker offen zugegebene Mangel an Pflanzkartoffeln hinderte den ostzonalen Interzonenhandels-Beauftragten Orlopp nicht, im Mai den Teilnehmern der Eisenacher Agrartagung zu erklären, die Ostzone sei in der Lage, den westdeutschen Bauern "in erster Linie Kartoffelsaatgut" zu liefern. Dies Angebot ist uninteressant, weil das Bundesgebiet aus eigener Erzeugung den inneren Bedarf mit Saatgut bester Qualität reibungslos selbst versorgt und darüber hinaus in diesem Jahr erstmalig wieder 30.000 t Saatkartoffeln exportierte. Tatsächlich ist die Ostzone aber nicht in der Lage, Saatkartoffeln abzugeben.

Nach dem Volkswirtschaftsplan sollen 1950 in der sowjetischen Besatzungszone 821.000 ha Kartoffeln angebaut werden. Dazu sind zwei

Mill. t Pflanzkartoffeln erforderlich, von denen ordnungsgemäss 670.000 t anerkanntes Saatgut sein müssen. Da aber im vorigen Jahr in der Ostzone nur 50.000 ha Kartoffelsaatfläche anerkannt wurden, können beim Hektarertrag von 122 dz höchstens 550.000 t Saatkartoffeln aus anerkanntem Nachbau geerntet sein. Diese Menge reicht nicht aus, um das Saatgut der Zone im dreijährigen Turnus zu erneuern und war ausserdem zu Beginn der Pflanzzeit längst verspeist, weil - wie die "Tägl. Rundschau" ausplauderte - "der Verkauf von Saatkartoffeln als freie Spitzen ein sehr gutes Geschäft darstellt". Bis zum 31. März wurden durch die Bosselmann-Aktion zwar 77.000 t Kartoffeln zu Saatzwecken zusammengebracht, aber es fehlten immer noch weitere 48.000 t, davon allein in Thüringen 30.000 und der Landesvorsitzende der VdgB befürchtete im Thüringer Landtag, dass wieder "wie im vorigen Jahr die Pflanzkartoffeln vom Waggon aus sofort in den Boden gegeben werden und ein ganzer Teil der Kartoffelstauden einfach fehlt, weil viele schlechte Kartoffeln zu Saatgut verwendet wurden".

Man beugt heute schon vor. Auch bei noch so günstigem Wetter kann mit den gewaltsam zusammengestoppelten Bosselmann-Kartoffeln der Friedensertrag nicht erreicht werden, der im Gebiet der Ostzone im Durchschnitt der Jahre 1935/39 pro ha 180 dz betrug. Bei Kartoffeln ist der Ausfall der Ernte viel stärker abhängig vom guten Saatgut als bei allen anderen Kulturpflanzen. Gute Saatkartoffeln vermögen auch klimatischen Widrigkeiten und Abbauerscheinungen weitaus besser zu widerstehen, als die Gelegenheitsknollen Bosselmanns. Aus den Erträgen der eigenen Ernte kann die Bewirtschaftung der Kartoffeln in der Ostzone schweulich aufgehoben werden. Deshalb wurde vorsorglich zur Ablenkung die Kartoffelkäferkampagne gestartet, weil die Sabotagevorwürfe gegen die volkseigenen Saatzuchtbetriebe allein nicht zugkräftig erscheinen.

H.S.

- - -

Denn hielt er die Messe...

sp. Am Sonntag, dem Wahltag in Nordrhein-Westfalen, um 6.00 Uhr früh, wurde der katholische Pfarrer Ketten in Bissingheim dabei überrascht, wie er von einem nicht ihm gehörenden Zaun Wahlplakate der SPD abbriss. Der Pfarrer versteckte sich hinter einer Hecke, wurde aber von dort hervorgeholt. Hinter seinem Rücken versuchte er, sechs Plakate der SPD, die er bereits abgerissen hatte, zu verbergen. Anschliessend hielt der Pfarrer dann die Messe.

(b/B32/206/2/hs)